



Duisburg versinkt im Sumpf des Verbrechens



Eine Flutwelle bildungsferner, nicht deutschsprechender Einwanderer donnert gegen unsere Rechtsstaatlichkeit und das Sozialsystem. Die Bereicherung durch „Fachkräfte“ aus Südosteuropa macht derzeit aus Duisburg einen Realübungsplatz für die Exekutive. Einbruch, Diebstahl, Betrug, Gewalt und Schwarzarbeit brechen sich Bahn in der Stadt, zusätzlich vermüllt die Stadt zusehends. Die Zahl der Armutseinwanderer hat sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt (PI berichtete).

(Von L.S.Gabriel)

Knapp 3000 Tatverdächtige verfolgt die Polizei in Duisburg zur Zeit. WAZ schreibt:

Ist die Stadt Duisburg ein Hort für mutmaßliche Straftäter? Antwort: Ja, wenn es um massenhafte Armutszuwanderung aus Südosteuropa geht. Dies belegen Zahlen aus einem aktuellen, aber internen Einsatzbericht der Duisburger Polizei. Demnach ermittelt die Polizei – wie eine Zeitung berichtete – gegen 2974 Tatverdächtige aus dem Umfeld der rumänischen oder bulgarischen Einwanderer in Rheinhausen und Hochfeld. Und dies allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 2013. (...) Die Delikte, die in dem internen Polizeibericht aufgezählt werden, seien dabei immer die gleichen: Diebstahl,

Betrug, Schwarzarbeit. Hinzu kämen Anzeigen wegen Ruhestörung und anderer Ordnungswidrigkeiten.

In Rheinhausen herrschen nach Worten von Thomas Krützberg, frisch gekürter Beigeordneter für Familie, Bildung und Jugend „ganz schreckliche Verhältnisse. Hier ist Integration in keinster Weise gelungen.“ Es sei daher absolut notwendig, dass hier vorrangig Polizei und das Ordnungsamt der Stadt für klare Verhältnisse sorgen. Daneben dürfe aber natürlich nicht das Bemühen um Integration aufgegeben werden.

Das hören die Deutschen seit vielen Jahren. In Wahrheit steht die Politik der EU-verordneten Umvolkung und Ressourcen-Umverteilung hilflos und ohne Konzept gegenüber. Die gutmenschliche Robin Hood-Politik wirft unsere Städte zurück ins Mittelalter, wo Dreck in den Straßen und Verbrechen zum Alltag gehörten.

RP-online schreibt:

Um vor Ort Präsenz zu zeigen, bündelt die personell bekanntlich ausgedünnte Polizei deshalb ihre vorhandenen Bereitschaftskräfte. Bereits 2011 leisteten die Beamten laut dem Bericht in den Problemvierteln 5672 Stunden ab. 2012 waren es gut doppelt so viele: 11 558. Geht der Trend weiter, werden es zum Jahresende erneut mehr als 11 000 Einsatzstunden sein. Wie eine langfristige Lösung aussehen könnte, ist angesichts dieser Zahlen weiterhin fraglich.

Die Landesregierung will pro Jahr 7,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um in den betroffenen Städten „den sozialen Frieden zu sichern und die zu uns gekommenen Menschen angemessen unterstützen zu können“, wie Schneider in Düsseldorf sagte.

Noch mehr deutsches Steuergeld und immer weniger gesunder Menschenverstand. So werden sich in den kommenden Jahren die

Verhältnisse verschieben, jedoch nicht in Richtung: Wohlstand für alle, sondern gleich viel Armut in ganz Europa. Willkommen im Friedensprojekt.